



Im Märzen der Bauer...

Aus dem Inhalt:

3 *Redaktionsbeitrag:*
Das aktuelle Gespräch

7 *Ursula Weidenberger:*
Das Credo eines Erzpriesters

9 *Jochen Traut:*
Historische Ereignisse



Politischer 17. Aschermittwoch fällt leider aus

Nach Drucklegung der März-Ausgabe musste die »klarsicht«-Redaktion mit großem Bedauern zur Kenntnis nehmen, dass der für den 9. März 2011 in der Gothaer Stadthalle geplante 17. Politische Aschermittwoch des Kreisverbandes DIE LINKE. Gotha leider nicht stattfinden kann.

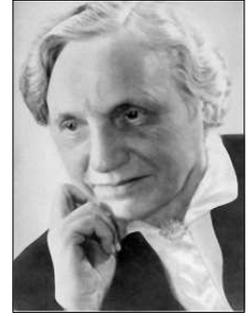
Mehrere Mitwirkende haben ihre Teilnahme wegen Erkrankung absagen müssen.

Eine schnelle Umdisponierung des Programms war dem Veranstalter nicht möglich.

Der Kreisvorstand DIE LINKE. Gotha bittet alle Freunde des inzwischen zur Tradition gewordenen jährlichen Politischen Aschermittwochs um Entschuldigung und um Verständnis.

Die Rücknahme bereits erworbener Eintrittskarten und die Erstattung des Kaufpreises sind ab sofort in der Kreisgeschäftsstelle in Gotha, Mönchelsstraße 26 gewährleistet.
Die »klarsicht«-Redaktion

8. März Internationaler Frauentag



**Marie Juchacz
1879 – 1956**

Am 12. November 1918 erhielten die Frauen in Deutschland vom Rat der Volksbeauftragten das aktive und passive Wahlrecht. Es war die Frucht eines langen Kampfes, in dem die Sozialdemokraten – und hier müssen vor allem die Namen August Bebel und Clara Zetkin genannt werden – sowie der linke Flügel der bürgerlichen Frauenbewegung die Hauptlast getragen hatten.

Am 19. Januar 1919 fand die Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung statt. Insgesamt 300 Frauen kandidierten. Von den 423 zu wählenden Abgeordneten zogen schließlich 37 Frauen ins Parlament ein. Die meisten der weiblichen Abgeordneten – und zwar 25 – gehörten den beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und USPD an.

Als erste Frau in einem deutschen Parlament sprach am 19. Februar 1919 Marie Juchacz aus Berlin – einst Dienstmädchen, Krankenwärterin, Schneiderin, seit 1905 aktive Sozialdemokratin: »Ich möchte hier feststellen (...), dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.«

Um viele Selbstverständlichkeiten muss auch heute noch gestritten werden. Das zu unterstützen, ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Partei DIE LINKE.



Der Kreisvorstand DIE LINKE. Gotha sowie die Redaktion der Kleinzeitung »klarsicht« gratulieren allen Frauen und Mädchen zum Internationalen Frauentag 2011.



Den Krieg beschwören – nein!

Etwa 20 Mitglieder der Partei DIE LINKE demonstrierten auf dem Innenhof der Gothaer Friedenstern-Kaserne gegen das (vorerst) letzte öffentliche Gelöbnis von Wehrpflichtigen, die zu Beginn des Jahres ihren Grundwehrdienst in einer der Thüringer Kasernen angetreten hatten. Zudem machten Gothaer mit ihrem Plakat »Auf Schloss Friedenstern den Krieg beschwören – nein!« auf die Geschichte des Schlossnamens aufmerksam.

Auch die stellvertretende Vorsitzende Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag und Gothaer Wahlkreisabgeordnete, Martina Renner, zeigte sich im Vorfeld ob

der Ortswahl sehr befremdlich. Eine Armee, die einen Umbau auf weltweite Intervention und Angriffsfähigkeit vollziehe, stünde keinesfalls in der Tradition des Namens des Schlosses, der nach einem langjährigen Krieg die Sehnsucht nach Frieden zum Ausdruck brachte. Der Erbauer des Schlosses, Herzog Ernst I. von Sachsen-Gotha, sehnte sich nach den Zerstörungen im Dreißigjährigen Krieg nach Frieden und gab dem ab 1643 errichteten Gebäude den Namen »Friedenstern«.

Der geduldeteste stille Protest gegen das Gelöbnis richtete sich natürlich grundsätzlich gegen die Militarisierung der deutschen Außenpolitik und gegen den daran ausgerichteten strukturellen und technischen Umbau der Bundeswehr. Aber auch das Ritual selbst stand im Fokus der Kritik. Öffentliche Gelöbnisse sind ein veraltetes Ritual des Militarismus, entstanden aus der Verpflichtung von Söldnern gegenüber den Herrschenden, das letztlich die Rolle der Wehrpflichtigen im Sinne des Mythos für ihren Dienstherrn tapfer kämpfender Soldaten überhöht.

Wie tradiert und rückschrittlich das militärische Gelöbnis ist, wird auch in der im Soldatengesetz verankerten Gelöbnisformel deutlich. Die Wehrpflichtigen bekennen sich nicht zur Verfassung und deren Grundwerten, sondern inhaltslos zum Staat und geloben in völkischer Verbundenheit, »tapfer das deutsche Volk« zu verteidigen. »Gesellschaftliche Entwicklungen in den letzten 60 Jahren sind am Ritual selbst und an dessen Inhalt vollkommen vorbei gegangen«, resümierte Martina Renner.

Text und Foto: Steffen Dittes

Sie arbeiten schon lange in der Landwirtschaft. Wenn Sie die Bedingungen in der ehemaligen DDR und die heutigen für die Landwirtschaftsbetriebe vergleichen, wie würde der Vergleich ausfallen?

Im Vergleich zur DDR hat sich sehr viel verändert in der Landwirtschaft. Ein großer Fehler in der ehemaligen DDR war die Trennung des Ackerbaus von der Tierproduktion. Dadurch hatten die Tierproduzenten immer große Schwierigkeiten bei der ordnungsgemäßen Versorgung ihrer Tiere mit ausreichendem Futter und konnten damit das genetische Leistungspotential ihrer Herden selten voll ausschöpfen. In Bezug auf die Arbeitskräfte und die soziale Versorgung gab es in der ehemaligen DDR mehr Vor- als Nachteile.

Heute stehen wir im internationalen Markt, der uns einem großen Kostendruck aussetzt und zwingt, mit sehr wenigen Arbeitskräften auszukommen. Auch in der Landwirtschaft setzt sich der Trend fort, dass durch immer mehr Automatisierung der Anteil manueller Tätigkeit stark zurückgeht – zum Beispiel durch automatische Melkstationen oder durch voll automatisierte Ställe für Schweine und Geflügel. Ein positiver Aspekt ist natürlich, dass die Automatisierung die Arbeits- und Lebensqualität der noch verbleibenden Arbeitskräfte verbessert.

Welche Rahmenbedingungen wünschen Sie sich für die Landwirtschaft, was müsste geändert werden?

Die Rahmenbedingungen für unsere heimische Landwirtschaft müssten einen gewissen Außenschutz gewährleisten und mehr Preisstabilität bieten. Jedes Land auf der Welt hat andere klimatische und wirtschaftliche Voraussetzungen, um Landwirtschaft zu betreiben. Auch die unterschiedlichen Steuersysteme in den EU-Staaten beeinflussen die betriebswirtschaftlichen Parameter. Aber alle Landwirte müssen heute eine Tonne Weizen zum selben Endpreis herstellen – und das weltweit. Das kann nicht funktionieren.

Ab 2014 beginnen die nächste EU-Förderperiode und ein neuer Förderrahmen für die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik. Hätten Sie dahingehend Wünsche und Hinweise für die Politiker, die die Verhandlungen auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene führen?

Ein ganz wichtiger Punkt zu der ab 2014 neu beginnenden Förderperiode der gemeinsamen EU-Agrarpolitik ist die Einführung von Obergrenzen bei den Ausgleichszahlungen. Dazu darf es nicht kommen. Es ist doch so, dass ein Hektar immer ein Hektar bleibt. Egal

ob er von einem Ökobauern oder einem konventionellen Landwirt, einem kleinbäuerlichen Betrieb oder einem Mehrfamilienbetrieb bewirtschaftet wird. Solche Beschlüsse würden leider nur wieder die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe benachteiligen, die durch ihre Struktur große Arbeitgeber in ihren Regionen sind.

Dies sind sie nicht nur in der reinen Urproduktion sondern auch in der vor- und nach-

DAS AKTUELLE GESPRÄCH

mit

Robert Scheringer



Im Märzen der Bauer auch Dioxine einbringt?

gelagerten Industrie der Landwirtschaft. Das würde nur zu noch größerem Kostendruck führen, dadurch wiederum entsteht ein höherer Verlust von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Die unleidliche Diskussion – zurück zu kleinbäuerlichen Strukturen und weg von der industrialisierten Produktion – muss endlich aufhören. Es wird doch auch nicht vorgeschrieben, dass z. B. Mercedes seine Autos in kleinen Werkstätten produzieren soll. Es ist jedem freigestellt, auf dem Dorf oder in der Stadt zu leben. Wichtig ist, dass man mit der Lebensqualität in seiner Umgebung zufrieden ist und sich diese auch frei gestalten kann.

Welche Rolle würden Sie den Landwirtschaftsbetrieben für die Entwicklung der ländlichen Räume, insbesondere hier in Thüringen, zuschreiben?

Starke und gut organisierte Landwirtschaftsbetriebe sind entscheidend für die Entwicklung der ländlichen Räume in Thüringen. Sie sind für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen zuständig. Durch ihre vielfältige Art der Bewirtschaftung der Flächen können die Thüringer Landwirtschaftsbetriebe auch entscheidend zum Erhalt unserer Kulturlandschaft beitragen. Dies ist natürlich für die gesamte Bevölkerung von Vorteil. Man könnte noch weitere Beispiele nennen: das Offenhalten von Flächen durch die Beweidung mit Rindern und Schafen oder die Unterstützung von Vereinen in den Dörfern. Dies ist für die Menschen, die hier leben, wichtig und wäre ohne starke und moderne Betriebe nicht möglich. Es würde zu einer Verarmung des Dorflebens führen.

Wie empfinden Sie als Vorstandsvorsitzender einer Agrargenossenschaft die aktuellen Debatten, die sich um den Dioxinfall Anfang des Jahres rankten? Müssen aus Ihrer Sicht am gesamten Kontrollsystem in der Lebensmittel- und Futtermittelkette Änderungen vorgenommen werden?

Hierzu muss ich sagen: Die Medien haben ihre Lust, und den Bauern bleibt der Frust. Gerade was die Kontrollsysteme in der Lebensmittel- und Futtermittelindustrie angeht, hat die jetzige Politik nichts gelernt. Wie kann es sein, dass bei der Erzeugung von Futtermitteln Abfälle aus der Industrie zum Einsatz kommen, wo doch ständig mehrfach gemeldet, mehrfach kontrolliert und mehrfach beantragt werden muss? Wir haben eine so große Bürokratie mit übergroßen Kontrollsystemen, und niemand hat etwas gemerkt.

Eigenkontrollsysteme der Industrie müssen mehr staatlich kontrolliert und überwacht werden. Genauso gehört ein Haftpflichtsystem für die Futter- und Lebensmittelindustrie eingeführt. Somit könnte verhindert werden, dass die Bauern nicht auf einem Schaden, der durch andere verursacht wurde, sitzen bleiben. Es sollte viel härtere Strafen für Lebensmittel- und Futtermittelpanschauer geben, um die Hemmschwelle für kriminelle Machenschaften, einen schnellen Euro zu verdienen, höher zu setzen.

Am Ende ist der Verbraucher verunsichert, da er nicht weiß, was er ohne Bedenken essen kann, oder wovon er keinen gesundheitlichen Schaden erleidet. Der Landwirt, den keinerlei Schuld trifft, bleibt auf dem Schaden sitzen. Es kann ihm sogar seine Existenz kosten. Wie hoch der Schaden bisher ist, kann bis heute noch nicht beziffert werden. Es gehört mehr staatliche Regulierung her, die nur die Politik schaffen kann.

Im Gespräch: Dr. Barbara Glass

Entwurf zur Schulnetzplanung sieht Schließungen vor

»Wir sind dicht beisammen.« Diese Zusage erhielt Bärbel Schreyer (Freie Wähler) von CDU-Fraktionschef Jörg Kellner. Beide wollen die Auflösung des Berufsschulteils Orthopädietechnik Ohrdruf. DIE LINKE sprach sich dagegen aus.



Unser Autor:
Sebastian
Schreiner

Ärztlemangel im Landkreis Gotha

Auf eine Anfrage der FDP zum Ärztemangel konnte Landrat Gießmann in Absprache mit der Kassenärztlichen Vereinigung einige Angaben zum aktuellen Stand machen. Zurzeit gibt es im Landkreis Gotha 77 tätige Hausärzte. Derzeit sind 24 Hausarztstellen unbesetzt. Der Altersdurchschnitt der Hausärzte liegt bei 52,7 Jahren. Als Maßnahme der Kassenärztlichen Vereinigung gegen diese Entwicklung werden u. a. Gesundheitszentren - früher Polikliniken - und in Kooperation mit der Friedrich-Schiller-Universität Jena ein Lehrstuhl für Allgemeinmedizin gefördert.

Neue Geschäftsordnung schließt Öffentlichkeit aus

Entsprechend eines Antrages der Freien Wähler wurde die Geschäftsordnung des Gothaer Kreistages überarbeitet und den Anforderungen der Thüringer Kommunalordnung angepasst. Die Fraktion der LINKEN lehnte die neue Geschäftsordnung geschlossen ab. Hauptkritikpunkt, so machte Dietmar Drescher im Kreistag deutlich, ist der veränderte Charakter der Ausschüsse. Da nun alle Ausschüsse nur noch vorberatend tätig sein sollen, und damit nicht öffentlich sind, ist dies eine Verschlechterung der Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Arbeit des Kreistages, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

Bärbel Schreyer (Freie Wähler) verteidigte die Änderungen. »Die Thüringer Kommunalordnung ist jetzt mittlerweile 20 Jahre Gesetz und wir können uns die Vorgaben nicht aussuchen«, so lautete ihre Begründung.

Regelschulen in Gefahr

Mit der Einbringung des Entwurfs zum Schulnetzplan für die allgemeinbildenden Schulen ergeben sich einige Neuerungen. Im Plan soll der Kreistag zum ersten Mal Zügigkeit und maximale Klassenanzahl festlegen. Zudem kann die

Planung auf der Internetseite des Landkreises Gotha eingesehen, in einem Forum können Meinungen geäußert und Vorschläge unterbreitet werden.

Landrat Gießmann führte aus, dass weder eine Grundschule noch ein Gymnasium auf der Kippe stehen. Anders hingegen sieht es bei den Regelschulen aus: Crawinkel und Molschleben stehen zur Diskussion. Am 8. Juni 2011 wird der Gothaer Kreistag darüber eine Entscheidung treffen müssen.

Änderungen am Berufsschulnetz beschlossen

Die Kreistagsfraktion der LINKEN setzte sich für den Erhalt der zwei Außenstellen für die Berufsausbildung ein.

Zur ersten: In Ohrdruf hat die Ausbildung im Bereich Orthopädietechnik eine

schadet unserer Region«, erklärte Sebastian Schreiner (DIE LINKE). Dass von Seiten des Freistaates Thüringen mit der neuen Schulgesetzgebung zusätzlich gegen diese Einrichtung gewirkt wird, bezeichnete er als »bildungspolitische Geisterfahrt«.

Die Entwicklung der Investitionskosten sowie die Internatskapazitäten sprechen ebenfalls für den Erhalt beider Außenstellen. Mit weniger als 2 Millionen Euro könnten die über 200 Internatsplätze gehalten werden. Hingegen würde jede andere Option weniger als 200 Internatsplätze hervorbringen und mehr als 4 Millionen Euro Kosten verursachen.

Eine Option, die von der Mehrheit im Gothaer Kreistag favorisiert wird, ist der Erwerb der Internatsblöcke in der Eisenacher Straße. Hier soll zunächst ein Block vollständig saniert werden, um Unterkünfte für die Ohrdruffer Berufsschüler zu schaffen. Ein zweiter Block würde danach saniert, um Plätze für die Schüler der Berufsschule Gotha-West und des Wirtschaftsgymnasiums anzubieten. Dann würden auch die Schüler von Sundhausen endgültig umziehen.

Eine weitere Möglichkeit, so der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag, ist der Umbau der Außenstelle Sundhausen zu einem reinen Internatsgebäude. Aufwendig sanierte Klassenräume und Fachkabinette müssten wiederum aufwendig zu bewohnbaren Räumen hergerichtet werden.

Die Kreistagsmehrheit beschloss, dass im Jahr 2012 die Außenstelle Ohrdruf aufgelöst wird und dass der Landrat einen Vorschlag zur Schaffung der nötigen Internatskapazitäten vorlegt sowie ein Konzept für den Umzug des Beruflichen Gymnasiums in 2013 entwickelt.

Lesen Sie bitte weiter >>>

klarsicht-Kreistagsreport

über 70-jährige Tradition. Mit modernen Fachkabinetten, Internat und Sportstätten der Stadt Ohrdruf sind für die Schüler sehr gute Bedingungen vorhanden. Und deshalb muss Ohrdruf erhalten bleiben, erklärte Marion Hopf (CDU), Bürgermeisterin von Ohrdruf. Schützenhilfe bekam sie nicht aus der eigenen Fraktion, sondern von Dietmar Drescher (DIE LINKE). Uwe Walther (SPD) brachte die unzumutbare Situation auf den Punkt: Eltern melden ihre Kinder anstelle in Ohrdruf in der Gothaer Kindleber Straße an und die Internatsplätze sind noch in Ohrdruf. Bärbel Schreyer (Freie Wähler) erwiderte, dass man mit der Verlagerung Ohrdrufs nicht warten könne, »bis der letzte Nagel im Internat festgeklopft ist«.

Zur zweiten: Eine lange Tradition und beste Lernbedingungen gelten auch für das Berufliche Gymnasium Sundhausen - bei der Gothaer Bevölkerung auch als Wirtschaftsgymnasium bekannt. Diese Einrichtung steht für bereits umgesetztes »längeres gemeinsames Lernen«, weil es den Schülern die Möglichkeit bietet, nach der Regelschule das Abitur und somit die Voraussetzung zum Studium zu erhalten. »Diese Oase trocken zu legen,

DIE LINKE.
im Kreistag Gotha

Kontakt:

99867 Gotha, Mönchelsstraße 26

Fon:

03621/856162 | 856166

Fax:

03621/856164 | Vera Fitzke (V.i.S.d.P.)

Schwächelnde Erinnerungskultur

Kranzniederlegung am Gedenkstein für Dr. Theodor Neubauer



Ob es wohl an der Kommunismus-Debatte lag, die Gesine Löttsch, Parteichefin der LINKEN, ausgelöst hat? Nur ein Häuflein Kameraden von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, vom Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) sowie einiger Genossen des Kreisverbandes DIE LINKE. Gotha hatte sich am Samstag vor dem Neubauer-Gedenkstein in Tabarz versammelt.



Vor 66 Jahren wurde am 5. Februar 1945 Dr. Theodor Neubauer im Zuchthaus Brandenburg ermordet. Der am 12. Dezember 1890 in Ermschwerdt bei Witzenhausen geborene Pädagoge, kommunistische Reichstagsabgeordnete und antifaschistische Widerstandskämpfer wirkte u. a. in Erfurt, Weimar, Gotha und Tabarz.



Der Kreisvorsitzende der VVN/BdA Martin Mürb ging in seiner Ansprache auf den Umgang mit dem historischen Erbe ein und bemängelte, dass die Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus immer mehr aus dem Bewusstsein verschwinden. »Eintagshelden werden zu Märtyrern stilisiert; Kämpfer, die dem Antifaschismus ihr ganzes Leben widmeten, kleingeredet.« Er erwähnte auch das Antifa-Denkmal im Go-

thaer Rosengarten, dass im Zuge der Umstrukturierung von Schloss Friedenstein »beseitigt und nach dem Willen der Stadtoberen durch ein mehrdeutiges Erinnern an Opfer und Gewalt ersetzt werden soll«.

Der aufstrebende Kurort am Fuße des Inselsberges hatte in puncto Denkmalpflege und Erinnerungskultur schon bessere Zeiten erlebt. Nicht nur in der ehemaligen DDR wurde das Vermächtnis des »Roten

Doktors«, einer der bekanntesten Tabarzer Persönlichkeiten, auf verschiedene Weise geehrt. Auch in den Nachwendezeiten waren Tabarzer Vertreter aller Parteien, des Gemeinderates und der Regelschule zu den jährlichen Gedenkveranstaltungen im Dezember und Februar für Dr. Theodor Neubauer anwesend.

Text und Fotos: Wolfgang Möller

Entwurf zur Schulnetzplanung sieht Schließungen vor

>>> Der Gothaer Kreistag entschied sich somit gegen den Erhalt der Standorte von Ohrdruf und Sundhausen. Die Fraktion DIE LINKE und die Ohrdruffer Bürgermeisterin stimmten dagegen.

Bundeswehrstandorte wichtiger

Fast mehr als das Thema Schulen nahmen die Kreistagsabgeordneten die Ausführungen zum Erhalt der Bundeswehrstandorte in Beschlag. Bereits zu Beginn der Sitzung informierte der Landrat umfangreich über seine Aktivitäten zum Fortbestand der Friedensteinkaserne Gotha und des Truppenübungsplatzes Ohrdruf. Dem folgte ein Antrag der CDU-Fraktion, der den Landrat beauftragen sollte, sich weiter dafür einzusetzen.

Die Fraktionsvorsitzende der LINKEN Vera Fitzke stellte klar, dass DIE LINKE das »zivile Engagement der Soldatinnen und Soldaten in der Region« achte, aber nur eine friedliche Nutzung der Standorte in Betracht kommt. Über Konventionen können sich viele gute Projekte verwirklichen lassen. Man dürfe nicht verschweigen, dass »am Truppenübungsplatz Ohrdruf Einsatzkräfte für Afghanistan ausgebildet und in der Friedensteinkaserne stationierte Einsatzkräfte direkt nach Afghanistan gehen«, so Vera Fitzke. Sie appellierte an die Kommunalpolitiker, ihr Handeln nach dem Sinnspruch des Schlosses Friedenstein auszurichten: »Friede ernähret – Unfriede verzehret.«

Gabriele Reichstein (SPD) zeigte sich wenig verständnisvoll, da ein Antrag der SPD zum Erhalt der Bundeswehrstandorte vor Jahren mit der Begründung abgelehnt wurde, dass der Kreistag keine Willenbekundungen formulieren darf. Auch Steffen Fuchs (Die Grünen) verwies darauf, dass sein Antrag, in dem er forderte, dass der Landrat sich gegen Gentechnik aussprechen sollte, eben mit dieser Begründung abgewiesen wurde.

Die Kreistagsmehrheit stellte fest, dass im oben geschilderten Zusammenhang keine Zuständigkeit des Kreistages besteht. Auch mit einem zweiten Antrag versuchte sich die CDU-Fraktion zu profilieren. Sie forderte eine Gedenktafel für die Opfer der »kommunistischen Gewaltherrschaft«.

Unterstützung bekamen die Christdemokraten vom NPD-Kreisvorsitzenden Reiche, der bereits vor einem halben Jahr einen gleich lautenden Antrag eingebracht hatte. Prof. Manfred Eckert (SPD) distanzierte sich von dem Vorschlag, »Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Ich werde ihn nicht werfen«, so Manfred Eckert. Die Kreistagsfraktion der LINKEN beteiligte sich nicht an der Diskussion, da diese vom Antragseinbringer nicht sachlich geführt wurde.

keine Zuständigkeit des Kreistages besteht.

Auch mit einem zweiten Antrag versuchte sich die CDU-Fraktion zu profilieren. Sie forderte eine Gedenktafel für die Opfer der »kommunistischen Gewaltherrschaft«.

Unterstützung bekamen die Christdemokraten vom NPD-Kreisvorsitzenden Reiche, der bereits vor einem halben Jahr einen gleich lautenden Antrag eingebracht hatte. Prof. Manfred Eckert (SPD) distanzierte sich von dem Vorschlag, »Wer von euch ohne Sünde ist, der werfe den ersten Stein. Ich werde ihn nicht werfen«, so Manfred Eckert. Die Kreistagsfraktion der LINKEN beteiligte sich nicht an der Diskussion, da diese vom Antragseinbringer nicht sachlich geführt wurde.

Buchmesse in Leipzig

Das DGB-Bildungswerk Thüringen und die Contineo-Buchhandlung Erfurt laden zum Besuch der Leipziger Buchmesse am Samstag, dem 19. März 2011, ein.

Abfahrt ist 8.00 Uhr an der Thüringenhalle in Erfurt, Werner-Seelenbinder-Straße. Fahrpreis incl. Eintrittskarte zur Messe: max. 30 Euro (abhängig von der Anzahl der Teilnehmer). Anmeldungen werden in der Buchhandlung telefonisch unter (0361) 73 14 536 bzw. per E-Mail unter Kontakt@Contineo.de oder über das Bildungswerk telefonisch unter (0361) 21 72 70 bzw. per E-Mail unter sigrid.gluche@dgb-bwt.de entgegengenommen.

Kaum ein anderer Wirtschaftszweig Thüringens blieb mit der Herstellung der deutschen Einheit so stabil wie die Landwirtschaft. Die DDR-typischen großen Strukturen blieben weitestgehend erhalten. Daneben entstanden noch eine Reihe von kleinen Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben, die jedoch nur einen sehr geringen Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche Thüringens bewirtschaften.

Durch gewaltige Steigerungen der Produktivität und den starken Abbau arbeitsintensiver Produktionsbereiche wie Viehhaltung und Gemüsebau gingen jedoch viele Arbeitsplätze verloren. Der Tierbesatz der landwirtschaftlichen Nutzfläche reduzierte sich in Thüringen auf weniger als 0,5 Großvieheinheiten je Hektar (eine Großvieheinheit gilt als Verrechnungsmaßstab und entspricht zum Beispiel einer Kuh oder sieben Schweinen). Die Anbaufläche von Freilandgemüse reduzierte sich fast um zwei Drittel.

Heute ist die Landwirtschaft hauptsächlich vom Getreideanbau geprägt. Dabei stehen Weizen und Gerste an erster Stelle. Die eigentlich zur Reduzierung des Auftretens von Schädlingen und Krankheiten und zur Verhinderung eines zu starken einseitigen Entzugs von Bodennährstoffen notwendige Abwechslung unterschiedlicher Kulturen ist aus wirtschaftlichen Zwängen kaum noch möglich. Die gegenwärtig einzige großflächig eingesetzte Alternative zum Getreide (incl. Mais) ist Raps. Im Land der Klöße sind selbst Kartoffeln kaum noch auf den Äckern zu finden, da sich bei ihrem Anbau die Erlössituation deutlich schlechter darstellt als bei Getreide.

Die Viehhaltung dominieren Rinder und Schweine. Obwohl die Zahl der in Thüringen gehaltenen Milchkühe seit 1990 deutlich zurückging, blieb die Milchproduktion nahezu konstant. Die Milchleistung der gehaltenen Kühe verdoppelte sich in etwa. Mit knapp 9000 Kilogramm Jahresmilchleistung haben Thüringer Kühe die höchste Durchschnittsleistung in Deutschland. Negativer Effekt dieser Entwicklung ist leider eine deutliche Reduktion der Lebensdauer unserer Kühe.

Die Schweinehaltung musste nach 1990 auch deutliche Rückgänge verzeichnen. In den letzten Jahren haben Investitionen in relativ große, neue Ställe diesen Trend jedoch umgekehrt. Ein wesentlicher Grund dafür war sicher die europäische Anerkennung der Thüringer Bratwurst als regionale Marke. So müssen in jeder Thüringer Bratwurst weltweit mindestens 50 Prozent Schweinefleisch aus Thüringen sein. Oft stößt der Neubau großer Schweinemastanlagen jedoch auf massiven Widerstand in der Bevölkerung. Vor al-

lem leidvolle Erfahrungen mit Gestank aus Ställen sowie von der anfallenden Gülle, aber auch Bilder katastrophaler Haltungsbedingungen der Tiere in sogenannter Massentierhaltung sind die Ursachen dafür.

Erfahrungen mit neuen Schweineställen können jedoch auch positiv sein – artgerechte Haltungssysteme, Biogas- und Luftwäscheanlagen, ausreichende Vorhaltung von Flächen für die Ausbringung der vergorenen und nahezu geruchsfreien Gülle können Gestank vermeiden und bessere Bedingungen für Tie-



*Unser Autor:
Tilo Kummer,
landwirtschafts-
politischer
Sprecher
der Fraktion
DIE LINKE.
im Thüringer
Landtag*

re und Umwelt schaffen. Deshalb setzt sich DIE LINKE für solche klaren Anforderungen an neue Anlagen ein.

Die größten Rückgänge der Tierbestände sind in der Schafhaltung zu verzeichnen, was wohl vor allem daran liegt, dass es für Wolle kaum noch Geld gibt. Besonders problematisch ist diese Entwicklung in der Landschaftspflege. Die wertvollen Kulturlandschaften von Rhön und Kyffhäuser können nur erhalten werden, wenn sie von Schafherden gepflegt werden. Deshalb ist eine stärkere Unterstützung der Schäfer in der Landschaftspflege dringend nötig.

Infolge des Verbots der Käfighaltung von Hühnern ging auch deren Bestand deutlich zurück. Der Selbstversorgungsgrad an Eiern sank unter 60 Prozent, da die deutlich billigeren Käfig-Eier aus Nachbarländern eingeführt werden. An diesem Beispiel wird deut-

lich, welche Probleme die Landwirtschaft oft durch politische Entscheidungen hat. Wenn die Anforderungen an artgerechte Tierhaltung, an antibiotikafreie bzw. gentechnikfreie Produktion oder die ökologische Kriterien der Landbewirtschaftung für unsere Betriebe gelten, nicht jedoch für ausländische Betriebe, die ihre Produkte hier gleichberechtigt anbieten, kann das System insgesamt nicht funktionieren. Eine Politik, die Verbraucherschutz, Tier- und Umweltschutz ernst nimmt, muss gleiche Kriterien für alle in den Handel kommenden Produkte aufstellen.

Ergebnis solcher Fehlentwicklungen sind zum Beispiel Löhne in der Landwirtschaft, die zu vergleichbaren Arbeitsplätzen 30 Prozent unter dem Durchschnitt liegen. Es wird immer schwerer für die Betriebe, Lehrlinge, Mitarbeiter und Führungspersonal zu finden. Außerdem leiden viele Landwirtschaftsunternehmen unter der Privatisierung ehemaliger volkseigener Flächen durch den Bund (BVVG). Wichtige Pachtflächen werden oft vor der Nase der sie bewirtschaftenden Betriebe weggekauft.

Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der Situation war für viele Landwirtschaftsbetriebe in den letzten Jahren der Einstieg in die Produktion von Bioenergie und nachwachsender Rohstoffe. Da in Thüringen für die Herstellung von Biogas bisher fast nur Gülle und minderwertige Produkte der Pflanzenproduktion eingesetzt werden, konnten bisher Fehlentwicklungen wie der überdimensionierte Maisanbau in Niedersachsen, vermieden werden.

DIE LINKE setzt sich in Thüringen für die Stärkung der Landwirtschaft ein, da sie im ländlichen Raum wesentliche Voraussetzungen für Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung schafft. Oft sind Landwirtschaftsbetriebe Kristallisationskerne dörflichen Lebens. Um sie herum entstanden und entstehen Dorfläden, Anlagen zur Wärmeversorgung öffentlicher und privater Gebäude sowie Angebote für den Tourismus. Gleichzeitig fordern wir von der Landwirtschaft die stärkere Rückbesinnung auf regionale Kreisläufe und Fruchtfolgen. Tierhaltung muss artgerecht und umweltschonend erfolgen.

Große Möglichkeiten zur Stärkung ländlicher Räume sehen wir noch im Ausbau des Ökolandbaus und in der Unterstützung arbeitsintensiver Bereiche wie Gemüsebau und Tierhaltung. Auch der beschrittene Weg der Landwirte zu Erzeugern dezentraler regenerativer Energien wird von uns begrüßt. Eine Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion sollte dabei jedoch weitestgehend vermieden werden.

„ Wer sich wehrt, behält sein Pferd.“

Aus dem Programmheft der
Leipziger Pfeffermühle »Frust oder Keule«

Das Credo eines Erzpriesters

Luc Jochimsen, kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag und Dirk Möller, Chef des Weimarer Kulturausschusses, hatten kürzlich zu einer Matinee geladen, um in gegenseitiger Toleranz über »Eine Insel der Orthodoxie in Thüringen« zu disputieren. Zu Gast war Erzpriester Mihail Rahr, Pfarrer der russisch-orthodoxen Gemeinde in Weimar. Hier betreut er Gläubige unterschiedlicher Nationalitäten.

Mit seiner Berufung zu seelsorgerischer Arbeit haucht der Erzpriester als erster Repräsentant seiner Gemeinde diesen Hort orthodoxer Ökumene auf deutschem Boden immer wieder Leben ein. Sein Credo: Zuerst bin ich Christ

und diene meiner Kirche. Darüber hinaus können Menschen guten Willens immer miteinander auskommen – auch bei unterschiedlichen Ansichten und Herkünften.

Angesprochen auf seine russischen Wurzeln und seine neue Thüringer Heimat, bekundet Mihail Rahr: Man kann sowohl ein russisches Fundament als auch die hiesige Kultur vermitteln. Zwei Kulturen, zwei Sprachen, zwei Denkweisen, zwei Horizonte können nur eine Bereicherung sein. Für ihn aber gelte, der Glaube müsse stärker sein als politische Position zu beziehen. Die Kirche ist der Raum des Glaubens, Dialog kann aber außerhalb des Gotteshauses möglich sein, denn der Glaube ist eine Brücke zu den Völkern. Er als Christ könne aufgehen im Fremden ohne sich zu verlieren.

Wie können die Religionen dazu beitragen, dass eine Gesellschaft Frieden in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen stellt?

Ich sehe die eigentliche und erste Aufgabe der Religionen – also auch der meinen, der russisch-orthodoxen – nach innerer Vollkommenheit zu streben anstatt nach irdischer Vorherrschaft.

Nur unter dieser Voraussetzung können wir als religiöse Führer die Gläubigen dahingehend erziehen, dass sie in Andersdenkenden oder auch in Nichtgläubigen keine Feinde erkennen, die sie an ihrer religiösen Überzeugung hindern könnten.

Eigentlich gibt es für mich keine Feinde. Und da weiß ich mich mit dem serbischen Heiligen des letzten Jahrhunderts, Bischof Nikolai Velimirovic, eins. Wie er weiß auch ich nicht, von wem ich größeren Nutzen erfahren habe – von »Feinden« oder von Freunden. Wenn ich darüber nachdenke, haben mich gerade die vermeintlichen Feinde zum Himmel aufblicken lassen, während mich Freunde und Verwandte eher an die Erde gefesselt haben.

Sie machen in Ihrem Wirken einen Unterschied zwischen Diesseits und Jenseits?

Unbedingt, das Seelenleben muss doch auch in der physisch wahrnehmbaren Umgebung im Diesseits – also im realen Leben – seinen

Das Interview klarsicht



Mit fundierter Kenntnis und freundlicher Umsicht beantwortete Erzpriester Mihail Rahr die Fragen seiner Gesprächspartnerin.

Ausdruck finden. Denn der Glaube an das Jenseits setzt soziale Energien frei.

Auf welche Weise fühlen Sie sich an die Erde gefesselt?

Mein Amt und meine Predigten sind dann wirkungsvoll, wenn sie ein tugendhaftes, ungeheucheltes Leben widerspiegeln. Mein Wirken ist dann am wirksamsten, wenn es sich mit der Verantwortung für die Mitmenschen und mit Werken der Nächstenliebe paart. Ich lebe und predige Respekt gegenüber den Andersgläubigen und Nichtgläu-

bigen. Denn dann und nur dann darf ich auch denselben Respekt für mich und mein religiöses Wirken erwarten.

Wie sehen Sie das religiöse Wirken für das gesellschaftspolitische Leben?

Selbstverständlich kann ich mich in das gesellschaftspolitische Leben einbringen. Ich verstehe das als Dienst an der Allgemeinheit nicht als Einsatz zur ausschließlichen Stärkung der eigenen religiösen Position.

Alle religiösen Organisationen könnten das auch. Allerdings dürften sie für die bestehenden weltlichen Organe keinen Ersatz bilden. Denn der notwendige Einsatz für moralische Werte, für den Schutz des menschlichen Lebens, für die Bewahrung der Schöpfung, für soziale Gerechtigkeit etc. darf nicht nach engen konfessionellen Kriterien erfolgen. Er muss dem Wohl aller dienen. Und beim legitimen Einsatz auch für eigene religiöse Belange darf nicht gegen das Gleichheitsprinzip verstoßen werden – schon gar nicht, wenn es zum Beispiel um den staatlichen Religionsunterricht geht oder um die Anerkennung religiöser Feiertage etc.

Deshalb gilt für mich – für mein religiöses und gesellschaftspolitisches Wirken: Was ich für mich fordere, darf ich anderen nicht verweigern; was ich anderen nicht zugestehe, darf ich für mich nicht beanspruchen.

Im Gespräch: Ursula Weidenbecher

Farbenfrohes, Großformatiges und Filigranes

Die Gothaer Hobby-Künstlerin Antje Janneck zeigt eine Auswahl ihrer Acryl-Malereien: zum Beispiel den Gothaer Hauptmarkt bei Nacht, eingefangene Herbststimmungen im Schlosspark, großformatige Blüten, filigranes Stilllebenbeiwerk – alles in harmonisch abgestimmten lebhaften Farbkompositionen.

Schon als sie noch gar nicht in Kinderschuhe passte, hantierte sie mit Stift und Farbe. Mutti setzte sie auf ausgebreitetes Packpapier, gab ihr Buntstifte, und Antje wurde aktiv. Kindergarten, Schule und Pionierhaus förderten ihr kreatives Talent. Eine hoffnungsvolle Künstlerkarriere lag in der Luft.

Zunächst jedoch erlernte sie »ordentliche« Berufe: Facharbeiterin für Schreibtechnik, Erziehungshelferin und Ergotherapeutin. Heute

beherrscht Antje Janneck die verschiedensten gestalterischen Techniken, die sie in ihrer Arbeit für Behinderte und mit Behinderten nutzt. Wissend, dass Kunsttherapie Raum für den Ausdruck inneren Erlebens öffnet, fand sie über dieses Wirken zu ihrer eigenen Kunst zurück.

Nein, Selbstzweck ist ihr künstlerisches Wirken keinesfalls. Jetzt durchlebt sie ihre Acryl-Phase und fand zu beeindruckenden Kunstwerken. Ich empfehle Ihnen Antje Jannecks Ausstellung. Schauen Sie sich ihre Acryl-Malereien in der Kulturscheune in Mühlberg an. Sie sind in der Zeit vom 5. bis 27. März 2011 außer montags und dienstags an den restlichen Tagen einer Woche zu sehen.

uwe

Als Walter Ulbricht 1965 die Republik Ägypten besuchte, hatte Staatschef Gamal Abdel Nasser seine Agit-Prop-Leute zu begeisterten Beifallsrufen mobilisiert. Sie riefen: »Nasser – Ulbricht, Nasser – Ulbricht, Nasser – Ulbricht ... « Nach der Kundgebung nahm Walterchen seinen Gastgeber zur Seite und bat ihn, dass die Sprechchöre doch lieber die Vornamen benutzen sollten, da »Nasser – Ulbricht« im Deutschen nicht so gut klänge. Daraufhin riefen die Massen: »Gammel – Walter, Gammel – Walter, Gammel – Walter ... «. Das war natürlich ein Witz, der damals kursierte.

In der Zwischenzeit waren Erich Honecker und Anwar El-Sadat am Ruder, heute regiert Angela Merkel und bis vor Kurzem noch Husni Mubarak. Mit diesen Namen ließen sich leider keine Witze machen, wie über so viele Dinge, die seit der Wende den Humor verloren haben.

Nun riefen die Massen auf dem Platz der Befreiung in Kairo nach dem »Marsch der Millionen«: »Wir sind das (ägyptische) Volk.« Moslems und Christen übten dabei den Schulterchluss – na bitte, es geht doch!

Die Zeit ist reif für den Umsturz zu einer sozialistischen Repu-

blik, oder? Dann werden in der Sahara der Sand und im Roten Meer das Wasser knapp. Das ist natürlich auch scherzhaft gemeint.

Für mich wird es jedoch bald ernst, denn ich habe zu Ostern eine Reise nach Nubien gebucht. Mein Brieffreund aus Alexandria hatte mir in den 1960er Jahren vom Bau des Assuan-Staudammes und vom Umzug der antiken Tempelanlagen in Abu Simbel berichtet. Habe all die Briefmarken mit dem UNESCO-Projekt gesammelt. Seitdem lässt mich der Wunsch nicht los, einmal das Land der Pyramiden zu besuchen.

An dieser Stelle muss ich gestehen, dass ich ein Demomuffel bin. Wenn das im Nahen Osten so weiter geht, dann storniere ich die Reise oder buche um.

Doch zurück ins eigene sichere und einig Vaterland. Für den 19. Februar 2011 hatten die Gothaer Genossen einen Bus nach Dresden gechartert, um an der Blockade gegen den Neonazi-Aufmarsch teilzunehmen. Wenn ich stattdessen kräftig in die PC-Tastatur greife und eine zündende Glosse gegen die rechtsextremen Geschichtsfälscher schreibe – zählt das dann als Teilnahme an der Aktion »Nazifrei – Dresden stellt sich quer«?

Allah sei mit euch – ebenso Buddha, der liebe Gott und all die anderen!

Eure Klara Klarsicht

DIE AKTUELLE GLOSSE



NIEDERMEIEREIEN / Dreizahl

Als damals die Menschen die Götter erfanden, ist nebenbei auch noch die Dreizahl entstanden.

Im Märchen ist sie uns erhalten geblieben, geheimnisvoll, dunkel wie auch die Zahl Sieben.

Drei Ringe, drei Dinge, und was es auch sei, sogar in der Drohung: »Ich zähle bis drei!«

Auch Julius Cäsar schrieb nach seinem Sieg bei Zela sogleich an den Freund aus dem Krieg, den er ohne Mühe sehr schnell hat errungen, als er König Pharnakes, den Feind, hat bezwungen, weil sich ja derselbe in Sicherheit wiegte: »Veni, vidi, vici!« (Ich kam, sah und siegte!)

So geistert durch jegliche Zeit die Dreizahl: Drei Schlesische Kriege! Auch bei Hannibal mit den Elefanten – nur Kriege und Siege! Was steht im Geschichtsbuch? Drei Punische Kriege.

Und danach: Das große Karthagerreich war noch mächtig, noch bewohnbar, nicht auffindbar.

Die Dreizahl, sie gibt es von Anfang an schon im mystischen Glauben, der Religion, bei Buddha, bei Allah, bei Juden und Christen, bei real existierenden Ex-Kommunisten wie Putin, die heute streng rechtgläubig meist: Gott Vater, Gott Sohn sowie Heiliger Geist.

Die Dreizahl, die gibt es vom Saarland bis Sachsen.

Sie ist aus dem Glauben des Volkes erwachsen, dass ein höheres Wesen für uns alle denkt und im Namen Gottes die Obrigkeit lenkt.

So ist auch die preußische Losung bekannt: »Mit Gott, für König und Vaterland!«

Auch im Profi-Sport lockt heut die wackeren Streiter die Verheißung der Dreizahl: Höher, schneller, weiter! Doch ganz ohne Pillen kommt man in dieser Welt ganz schlecht auf das Treppchen und ans große Geld. Mit Training allein sind die Chancen nicht groß. Deshalb – ohne Skrupel: »Achtung, fertig, los!«

Eine mystische Dreizahl haben wir einst erlebt, als nicht nur in Deutschland die Erde gebebt, als wir stolz marschierten – ein Trugbild zum Ziel, als fast ganz Europa in Asche zerfiel.

Da hieß diese Dreizahl für junge Marschierer: »Ein Volk und ein Reich und – natürlich – ein Führer!«

Und heute? Da herrschen nun Demokratie, der Dax, der Dow Jones und die Marktstrategie und natürlich die Dreizahl und ihre Anbeter: Die Herren des Mammons und ihre Vertreter. Wie heißen die Götter der Global-Elite? Profite, Profite und nochmals Profite.

Heinz Niedermeier

Historische Ereignisse

Teil 1: Zum Umgang mit Erinnerungen, Geschichtsfälschungen und runden Jahrestagen von geschichtlichen Ereignissen

Wenn es um historische Daten geht, die vierzig, fünfzig ja sogar sechzig Jahre zurückliegen, so wird die Zahl derer, die diese Zeit unmittelbar aus eigenem Erleben noch kennen zum Anteil zur Gesamtbevölkerung immer kleiner – ein natürlicher, biologischer Prozess. Bei der Betrachtung der im Jahr 2011 vor uns stehenden runden Jahrestage ragt das historische Ereignis vom 13. August 1961 ganz besonders hervor. Was war vor fünfzig Jahren im »heißen Sommer« des Jahres 1961?

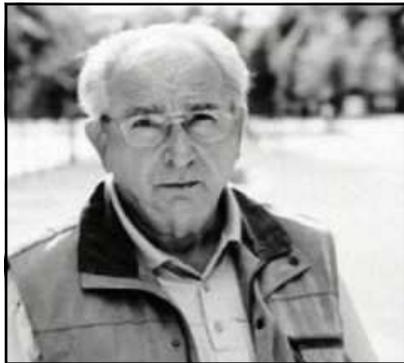
Diejenigen, die dieses Ereignis unmittelbar bewusst noch selbst erlebt haben, gehören heute zur Generation der 65- bis 70-Jährigen und darüber hinaus. Somit kennen viele das Geschehen am 13. August des Jahres 1961 nur aus Geschichtsbüchern, Filmen oder aus den Erzählungen der älteren Generationen.

Doch dabei gibt es zum Teil recht unterschiedliche Sichtweisen – insbesondere, wenn es um Geschichtsbücher von heute und um sogenannte historisch belegte Dokumentarfilme geht. Um es klar zu formulieren, die Geschichtsfälscher haben Hochkonjunktur, wenn es um die Geschichte der ehemaligen DDR geht. Wir erlebten dies gerade im Zusammenhang mit den Ereignissen der Oktobertage des Jahres 1990. Geschichte wurde für und durch die heute herrschende Auffassung zurechtgeschritten. Wie sonst sollten sich die heute lebenden jüngeren Generationen, die 1990 gerade geboren wurden, nunmehr als Zwanzigjährige ein Urteil darüber bilden, was zum Untergang der DDR führte.

In diesem Jahr rückt der 13. August 1961 – der 50. Jahrestag der »Einführung eines Grenzregimes zu Westberlin und der militärischen Sicherung der Staatsgrenze der DDR zur BRD« – in den Mittelpunkt der Auseinandersetzungen mit der Geschichte der DDR. Es geht um den Mauerbau, um die Toten an dieser Grenze, von denen jeder Einzelne einer zu viel war. Dass auch Grenzsoldaten von denen, die auf der anderen Seite der Grenze standen, erschossen wurden, steht meistens im Kleingedruckten, sofern es überhaupt der Erwähnung wert ist.

Auch hier wird in der offiziellen Propaganda und Lesart nur über den sogenann-

ten Mauerbau und deren Opfer, über menschliche Schicksale, zumeist sehr rührelig berichtet. Diese Art von Propaganda bleibt nicht ohne Wirkung – sicher vorwiegend bei den jüngeren Generationen, aber auch bei denen, die diese Zeit noch miterlebten. Nicht umsonst sprechen wir von den Medien als einer dritten Macht, die die öffentliche Meinung im Sinne der Herrschenden zu verbreiten hat.



Unser Autor

Jochen Traut

ist Sprecher des
»Geraer Dialogs«

www.sozialistischer-dialog.de

Wir meinen, es ist an der Zeit, sich etwas intensiver mit diesen Ereignissen zu beschäftigen – so, wie sie nunmehr nach der Öffnung der Archive der DDR und der Sowjetunion, aber leider noch nicht derer in der BRD und den USA, zu belegbaren Erkenntnissen über den Sommer 1961 vorliegen.

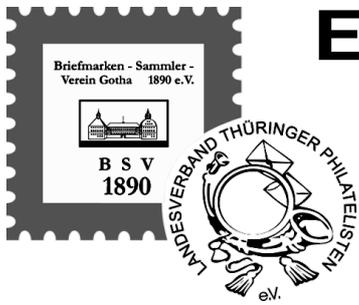
Dazu veröffentlichen wir in den kommenden Monaten eine Artikelserie zu dem Thema »Der Kalte Krieg – Ursachen, Auswirkungen und Opfer«, die sich mit Blick auf einzelne Themenfelder mit jenen Monaten des Sommers 1961 beschäftigen wird.

Der vorliegende Beitrag bildet somit den Einstieg in diese geplante Artikelserie. Wir hoffen, damit ein Stück historische Wahrheit ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, ohne ein Geschichtsbuch schreiben zu wollen. Es geht uns nicht um Polemik gegenüber den Geschichtsfälschern. Es geht uns um belegbare historische Fakten, die wir zu diesem Thema in kurzen Artikeln darlegen wollen – und zwar wie folgt:

- Das 20. Jahrhundert, ein Jahrhundert der Extreme?
- Welche Entscheidungen trafen der USA-Präsident J. F. Kennedy und der sowjetische Partei- und Staatschef N. S. Chruschtschow in Wien?
- Warum standen in den Sommermonaten des Jahres 1961 kriegserfahrene Militärs wie Marschall Konew an der Spitze der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, und warum stand auf der anderen Seite an der Spitze der US-Streitkräfte in der BRD der US-General Clay, der seine Erfahrungen im Korea-Krieg der 1950er Jahre gesammelt hatte?
- Wie souverän waren die BRD und die DDR in Sicherheitsfragen bis zum 3. Oktober 1990?
- Welche Rolle spielte der sowjetische Vorschlag für eine »Freie Stadt Westberlin« auf dem Territorium der DDR?
- War Walter Ulbricht wirklich der Erbauer der Mauer zu Westberlin?
- Was kosteten der Wirtschaft der DDR die Maßnahmen, die mit Wirkung vom 13. August 1961 in Kraft traten, wirklich?
- Der 13. August 2011 in Deutschland.

Wir hoffen, mit dieser geplanten Artikelserie, Nachdenken über Geschichte anzuregen, und mit den dargelegten Fakten in diesen Beiträgen auch Argumente gegen Geschichtsfälschungen anzubieten. Leserbriefe zu diesem Thema und zu diesen Artikeln könnten zur Bereicherung unseres Anliegens beitragen.

Die Artikelserie ist ein gemeinsames Projekt der Interessengemeinschaft »Geschichte des Stadtverbandes DIE LINKE. Suhl« sowie der Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e. V. (GRH) und der Initiative zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e. V. (ISOR).



Ein Leuchtturm der Philatelie

Auch Münzen und Ansichtskarten sind beim Gothaer Briefmarken-Sammler-Verein willkommen

»Sammler sind glückliche Menschen, wer sammelt, wird alt«, resümierte der Chef des Briefmarken-Sammler-Vereins Gotha 1890 e. V. Eckehard Fromm. Der Verein ist einer der ältesten seiner Art in Deutschland. Bei seinem Spruch warf Fromm einen wehmütigen Blick auf das hohe Alter der 52 Mitglieder des Vereins, von denen sich der größte Teil am 6. Februar 2011 zur Jahreshauptversammlung im Waldbahn-Hotel eingefunden hatte. Dort finden auch die regelmäßigen Tausch-Sonntage und Knätsch-Abende*) statt

Den Altersdurchschnitt senken nur unwesentlich die vier Mitglieder der Jugendgruppe, die beim Kultur- und Bildungsverein KubiXX von Christina Kranz geleitet wird. Zwei jugendliche Sammler hatten sich an der hochrangigen Jubiläumsausstellung »120 Jahre Briefmarken-Sammler-Verein Gotha 1890« beteiligt.

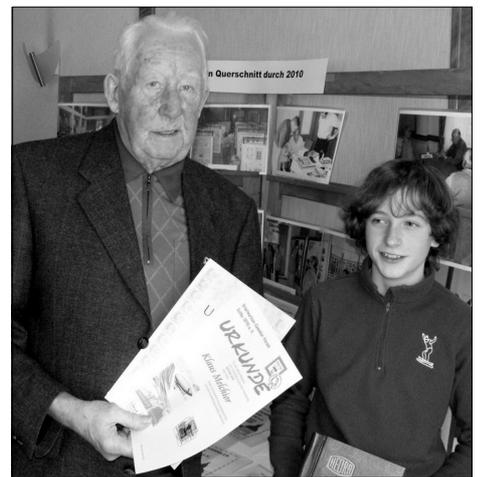
Hundert Jahre Luftschiffhalle, 120 Jahre Briefmarken-Sammler-Verein und 225 Jahre Justus-Perthes-Kartografie waren die regionalgeschichtlichen und philatelistischen Highlights des Jahres 2010. Diese erfolgreichen Höhepunkte zählte Fromm unter anderen in seinem Bericht auf. Eine Ausstellung mit Sportbriefmarken fand in der GutsMuths-Gedächtnishalle Schnepfenthal statt. Weitere dieser Art sind geplant. Die Gothaer Sammler haben deutschlandweit einen guten Ruf; sie stellten 2010 hochkarätige und ansehnliche Exponate aus – so in Frankfurt/O., Hallesleben und Suhl.

Der Vorsitzende des Landesverbandes Thü-

ringer Philatelisten Eckart Bergmann lobte den Gothaer Verein als »Leuchtturm im Meer der Thüringer Philatelie«. Er begründete die Erfolge unter anderem mit der guten Arbeit des Vorstandes. Bergmann gab einen Ausblick auf die Sammler- und Anlegestrategien sowie auf den Werteverfall der kleinen gezähnten oder Geschnittenen. Weiterhin freut er sich auf die Emission der Sonderbriefmarke zum 150. Jahrestag des Deutschen Schützenbundes mit einem Motiv aus Gotha.

Der Tagesordnungspunkt »Auszeichnungen und Ehrungen« nahm geraume Zeit in Anspruch: Die 65-jährige Mitgliedschaft von Klaus Melchior, 50 Jahre dabei sind Wilfried Gebhard, Erhard Voss und Karl Greiner, 40 Jahre lang Mitglied ist Klaus Hempel und auf 10 Jahre blickt Horst Heinemann zurück. Das ehrenamtliche Engagement von Wolfgang Woelk, Klaus Melchior, Familie Kössel, Jürgen Behringer, Bernd Planke, Klaus Hempel, Bernd Herz und Ursula Fromm besonders im Zusammenhang mit den Ausstellungen fand seine entsprechende Würdigung.

In 2011 wollen die Sammlerfreunde den 13. Thüringentag in Gotha mit einem Sonderumschlag und -stempel unterstützen. Im Gothaer FöBi-Bildungszentrum wird eine Ausstellung über Zweiräder vorbereitet. Weiterhin wollen die Numismatiker an der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Medaillenkunde teilnehmen. Liebhaber von Münzen, Medaillen, Ansichtskarten und anderen Sammelobjekten sind zudem gern gesehene Gäste im Verein. Dies war auch ein Punkt der



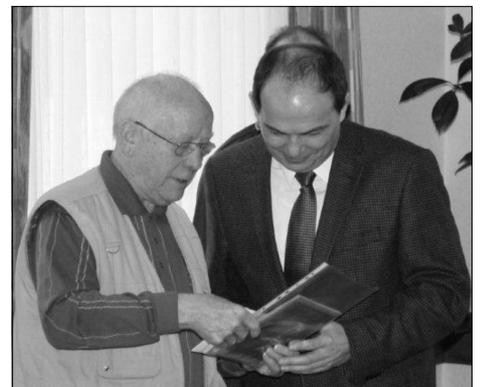
Sammlergenerationen: Klaus Melchior beging einen Tag nach der Hauptversammlung 2011 seinen 83. Geburtstag. Florian Kranz ist gerade mal 14 Jahre alt.

umfangreichen Änderungen in der Satzung.

In den neuen Vorstand wurden gewählt: Eckehard Fromm (1. Vorsitzender), Gerhard Kössel (2. Vorsitzender), Bernd Herz (Schatzmeister), Wolfgang Woelk (Schriftführer), Peter Blumenstein, Dr. Klaus Hempel und Dr. Wolfgang Kämpfel (Beisitzer), Bernd Planke (Öffentlichkeits- und Jugendarbeit), Ursula Fromm (Rundsendeleiterin). Zum Landesverbandstag am 9. April 2011 in Arnstadt werden zwei Delegierte entsandt.

Text und Fotos: Wolfgang Möller

*) »knätschen« – steht in keinem Wörterbuch, versteht aber jeder Gothaer.



Zwei Briefmarken-Fans: Philatelie-Urgestein Kurt Link und Oberbürgermeister Knut Kreuch stellen fest, dass Sammelleidenschaft und Regionalgeschichte eng zusammengehören.



Eckehard Fromm, Konrad Gießmann, Knut Kreuch und Jürgen Plöger beim Rundgang zur Jubiläumsausstellung »120 Jahre Briefmarken-Sammler-Verein Gotha 1890«.



Briefmarken-Sammler-Verein Gotha 1890 e.V.

Mitglied im Landesverband Thüringer Philatelisten e.V.

Erster Vorsitzender:

Eckehard Fromm
Gustav-Freytag-Str. 18, 99867 Gotha
www.bsv-gotha.de

vorstand@bsv-gotha.de

Tel.: (0 36 21) 21 97 94 und 2 57 65

Geschäftsstelle:

99867 Gotha, Mönchelstraße 3

Geschäftszeiten:

Dienstag und Mittwoch 10.00-13.00 Uhr,
Do nnerstag 10.00-17.00 Uhr

Publikationen:

Mitteilungsblatt,
Rundsendedienst, Internetseite

Weitere Veranstaltungen in 2011: Preis-Skat-Turnier (Phila-Skat) am 26. März 2011, 13. Thüringentag in Gotha (Sonderumschlag und -stempel) vom 8. bis 10. Juli 2011

Tauschveranstaltungen:

jeden 1. Sonntag im Monat ist Tauschsonntag ab 9.30 Uhr im Waldbahn-Hotel in 99867 Gotha, Bahnhofstraße 16

Regelmäßige Veranstaltungen:

Vereinsausbietungen, Busfahrten, Skatturniere, Vereinsabende (Knätsch-Abende): jeden 3. Mittwoch im Monat ab 19.00 Uhr im Waldbahn-Hotel

Ausstellungen im Jahr 2011:

Ausstellung in der GutsMuths-Gedächtnishalle Schnepfenthal, Ausstellung über Zweiräder im Gothaer FöBi-Bildungszentrum

Die Gesellschaft ist tief gespalten – und das nicht erst durch die heftige Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten beiden Jahre.

Besonders mit Beginn der Arbeitsmarktreflexionen unter der damaligen rot-grünen Bundesregierung mit Ex-Kanzler Schröder an der Spitze wurden die Weichen in Richtung Armutslöhne gestellt. Inzwischen arbeiten 22 Prozent der Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich – also fast jeder Vierte. Viele sind aus sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen herausgedrängt worden in sogenannte Mini-Jobs bzw. in unsichere Selbständigkeit. Der Anteil der Leiharbeiter hat in den letzten Jahren immens zugenommen.

Inzwischen verdienen 1,3 Millionen Menschen so wenig, dass sie zusätzlich zu ihrem Lohn noch Arbeitslosengeld II beantragen müssen.

Armut trotz Arbeit ist ein Skandal – gerade in einer so reichen Gesellschaft wie der Bundesrepublik Deutschland. Die Angst vor sozialem Abstieg wirkt bis tief in die Mitte der Gesellschaft hinein. Viele trauen sich gar nicht mehr, im Betrieb noch für ihre Interessen offen einzutreten, weil sie Angst haben, ihren Job zu verlieren. **Wenn aber der aufrechte Gang zur Mutprobe wird, nimmt die Demokratie Schaden – im Betrieb wie in der ganzen Gesellschaft.**

Die Verschuldung der Öffentlichen Haushalte hat neue Rekordhöhen erklommen – insbesondere, weil eine Menge Geld in abstürzende Banken gesteckt wurde. Und es sind nicht nur die verantwortlichen Politiker, die in die Staatskasse greifen, sondern indirekt auch die Arbeitgeber, indem sie ihren Beschäftigten Hungerlöhne zahlen, die aus Steuermitteln aufgestockt werden müssen. **Das ist das der eigentliche Missbrauch von Hartz IV, den es endlich zu stoppen gilt.**

Um die Probleme dieser kranken Gesellschaft zu lösen, braucht es einen handlungsfähigen Sozialstaat. Mehr Staat heißt aber keineswegs mehr Bürokratie. Staat bedeutet soziale Sicherheit, be-

deutet Infrastruktur, bedeutet Kindertagesstätten, Schulen und Universitäten, bedeutet Krankenhäuser, Büchereien und Schwimmbäder, bedeutet Kunst und Kultur. Kurz: Sozialstaat bedeutet auch Freiheit, Freiheit von Existenzangst.

Der Weg dorthin ist weit, aber er muss beschritten werden. Gemeinsamer Erfolg ist nur möglich, wenn sich die Gewerkschaften nicht gegeneinander ausspielen und von all ihren potentiellen Bündnispartnern trennen lassen. Wenn nicht alle verlieren sollen, muss

der Schulterchluss zwischen den noch vernünftig abgesicherten, den prekär beschäftigten und den erwerbslosen Menschen gelingen.

Sich verdrossen und entmutigt zurückziehen oder nur noch am Stammtisch zu schimpfen, hilft nämlich nichts – sich einmischen, das ist die richtige Antwort. Sonst überlässt man das Feld denen, die versuchen, die Unzufriedenheit der Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, den extremen Rechten.

Der DGB hat nicht nur seine 8 Mitgliedsgewerkschaften als Basis sondern viele, die sich mit seinen Zielen im Großen und Ganzen identifizieren. Es wäre gut, wenn das auch am 1. Mai 2011 zum Ausdruck gebracht



werden würde.

Doch dabei scheint der Hase im Pfeffer zu liegen. »klarsicht« beobachtet seit Jahren, wie das Interesse am 1. Mai schwindet. Schlechtes Wetter, gelegentliche Überschneidungen mit dem Gothaer Gotthardusfest und andere Erklärungsversuche greifen vermutlich zu kurz.

Soll es Änderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben geben, müssen sich Leute mit ähnlichen Interessen suchen und finden. Der 1. Mai ist dazu beinahe die ideale Gelegenheit, meint »klarsicht«. Wie stellen sich denn unsere Leser die Gestaltung des 1. Mai in der heutigen Zeit in Gotha vor?

In der nächsten Ausgabe unserer Kleinzeitung soll die Diskussion darüber beginnen. Die Redaktion der »klarsicht« bittet deshalb um möglichst zahlreiche Wortmeldungen.

Lothar Adler



Seehofers Sternstunde



Der Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzende der CSU Horst Seehofer (61) war mit seiner Gattin Karin zu Gast in der TV-Sendung »Sternstunden-Gala 2010«, der Benefiz-Sendung des Bayerischen Rundfunks. Im Laufe der Spendengala zeigte die Moderatorin Sabine Sauer dem CSU-Vorsitzenden eine Karte mit dem offiziellen Spendenstand – 3.014.237 lautete die siebenstellige Zahl, die Seehofer vorlesen sollte. »Ich kann solche Zahlen gar nicht lesen!« scherzte die Moderatorin. Doch auch der Ministerpräsident war überfordert und konnte ihr nach mehreren Ansätzen nicht helfen. Seehofer verwies auf das Debakel mit der BayernLB, als er schon mal über große Zahlen gestolpert war.

Das Problem bestand doch nicht darin, dass die Zahl zu groß war, sondern gemessen an den Verlusten der Bayerischen Landesbank so wahnsinnig klein, meint »klarsicht«.

„Was wär' Frühling samt Sommer ohne Herbst vor und Winter hinter sich?“

Dietmar Beetz, Jahrgang 1939



Wir gratulieren recht herzlich zum Geburtstag

		zum	am
Werner Kühmel	Gotha	84.	03. März
Jutta Reich	Gotha	83.	04. März
Gerda Barth	Ernstroda	60.	06. März
Jürgen Siegel	Gotha	73.	07. März
Irma Pflügner	Luisenthal	81.	10. März
Dietmar Drescher	Ohrdruf	77.	10. März
Manfred Junge	Gotha	72.	11. März
Gerhard Möller	Gotha	72.	11. März
Christa Schuchardt	Gotha	67.	16. März
Heide Wildauer	Gotha	71.	17. März
Elfriede Cramer	Gotha	84.	19. März
Peter Klippstein	Waltershausen	69.	20. März
Lieselotte Weidel	Gotha	75.	22. März
Monika Schmidt	Mühlberg	64.	22. März
Günther Frank	Gotha	77.	28. März
Gerda Freundel	Gotha	72.	28. März

Auch allen anderen Genossinnen und Genossen, allen anderen Leserinnen und Lesern, wünschen der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE und die »klarsicht«-Redaktion alles Gute zum Ehrentag.

Termine März 2011

- 01.03. 18:00 Sitzung der Stadtratsfraktion | Geschäftsstelle
- 02.03. 17:00 Stadtratssitzung | Bürgersaal
- 08.03. 15:00 Geschäftsführender Vorstand | Geschäftsstelle
- 10.03. 15:00 Veranstaltung anlässlich 100 Jahre Internationaler Frauentag | Haus Dacheröden Erfurt
- 14.03. 14:30 Redaktionssitzung »klarsicht« | Geschäftsstelle
- 18:00 Sitzung der Kreistagsfraktion | Fraktionszimmer
- 15.03. 18:00 Kreisvorstandssitzung | Waltershausen
- 17.03. 17:00 Erinnerung an die Niederschlagung des Kapp-Putsches | Hauptpostamt, Gotha**
- 22.03. 15:00 Geschäftsführender Vorstand | Geschäftsstelle
- 28.03. 14:30 Redaktionssitzung »klarsicht« | Geschäftsstelle
- 29.03. 15:00 Bürgersprechstunde der Stadtratsfraktion | Geschäftsstelle
- 31.03. 14:00 Info-Stand | Gotha, Neumarkt
- 17:00 Beratung mit den Basisvorsitzenden | Geschäftsstelle

Buchlesung

Der ver.di-Ortsvorstand Gotha lädt anlässlich des Internationalen Frauentages zu einer Buchlesung in die »Heinrich-Heine-Bibliothek« Gotha ein. Dort liest am Freitag, dem 11. März 2011, ab 19.30 Uhr die Lidl-Betriebsrätin Ulrike Schramm-de Robertis aus ihrem Buch »Ihr kriegt mich nicht klein«. Der Eintritt ist frei.

Wir trauern um unseren Genossen



Werner Ritter aus Gotha

* 17. September 1931 † 17. November 2010

Kreisvorstand DIE LINKE. Gotha • »klarsicht«-Redaktion

Ist doch klar(sicht)...

Der Schummel-Doktor



... Denn das ist alles nur geklaut.
Das ist alles gar nicht meine.
Das ist alles nur geklaut.
Doch das weiß ich nur ganz alleine ...

(aus dem Songtext »Alles nur geklaut«
der Leipziger Musikgruppe »Die Prinzen«)

»klarsicht« - find' ich toll, weil sie gelebte Pressefreiheit ist. Nach Marx gibt es Pressefreiheit erst dann, wenn die, die in den Zeitungen schreiben, nicht von ihrem Geschriebenen leben müssen. Bei der übergroßen Mehrzahl der »unabhängigen« Tages- und anderen Zeitungen ist die Pressefreiheit auf dem Niveau der Selbstzensur angelangt - mit dem verinnerlichten Prinzip: Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing.

Der Niedergang eines Systems wird auch am Verhältnis zur Lüge deutlich. Erinnert sei an die »Gründe« für die Kriege gegen Serbien und den Irak. Die marktbeherrschenden Medien haben die Lüge zum Prinzip erhoben.

»klarsicht« ist anders - deshalb herzlichen Glückwunsch zum 15-jährigen Jubiläum und ein langes Leben zwecks Abwehr von Lügen.

Dietmar Kästner, Großfahner



Heinz
Niedermeier,

der Autor der »Niedermeiereien« in zahlreichen »klarsicht«-Ausgaben der letzten Jahre, feierte am 26. Februar 2011 seinen 80. Geburtstag. Die Redaktion der Kleinzeitung »klarsicht« gratuliert ganz herzlich und wünscht ihm - auch im Namen der Leserschaft - alles Gute und weiterhin viele tolle Einfälle.

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Gotha, 99867 Gotha, Mönchelsstraße 26; Im Internet unter: www.die-linke-gotha.de; E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-gotha.de; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64.

Redaktionskontakte: 99867 Gotha, Mönchelsstraße 26; Fon: (03621) 85 61 62, Fax: (03621) 85 61 64, E-Mail: klarsicht@die-linke-gotha.de
Redaktionsleiter: Lothar Adler (V.i.S.d.P.), Telefon: (03621) 85 64 68, E-Mail: wkb-gotha@martinarenner.de **Redaktionsmitglieder:** Gerhard Möller, Wolfgang Möller, Helga Oschütz, Waltraud Roth, Sebastian Schreiner, Gerd Wagenknecht, Ursula Weidenbecher. **Erscheinungsweise:** in der Regel monatlich. **Redaktionsschluss:** jeweils am 15. des Vormonats. **Ihre Zuschriften** bitte an eine der genannten Adressen; namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Manuskriptänderungen ohne Sinnentstellungen sind möglich. Die mit □ gezeichneten Artikel sind Beiträge der Redaktion. **Spendenkonto:** Raiffeisenbank Gotha eG, Gotha, BLZ 82064 168, Kto-Nr. 2076616.